LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1484
07. 04. 1997

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ausbau der Eisenbahnstrecke Schifferstadt – Wörth/Rhein – Lauterbourg – Strasbourg und Wiedereinführung des grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehrs

Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um einen raschen Ausbau der Eisenbahnstrecke Schifferstadt – Wörth/Rhein – Lauterbourg – Strasbourg sowie die Wiedereinführung des grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehrs zu ermöglichen.

Kernelemente dieses Ausbaus sind:

- Elektrifizierung und signaltechnische Modernisierung der zweigleisigen Hauptbahn Schifferstadt – Wörth/Rhein,
- Einführung eines Stadtbahnbetriebes in der Relation Karlsruhe – Wörth – Lauterbourg/SNCF

Um eine sachgerechte Finanzierung zu erzielen, muß sich die Landesregierung für die Aufnahme der Strecke in die Ausbauplanungen nach dem Schienenwegeausbaugesetz einsetzen. Dabei ist zu prüfen, ob zur Erhöhung der Netzwirkung die Eisenbahnstrecke Germersheim – Graben-Neudorf ergänzend zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert werden sollte.

Entsprechende Gespräche mit dem Land Baden-Württemberg bzw. dem conseil régional d'alsace mit dem Ziel staatsvertraglicher Regelungen sind schnellstmöglich aufzunehmen.

Begründung:

Die Elektrifizierung der zweigleisigen Hauptbahn Schifferstadt – Wörth/Rhein ist notwendig, um sowohl das Konzept „Regional-/S-Bahn Rhein-Neckar" als auch die vorgesehene Erweiterung des Karlsruher Stadtbahnnetzes zu ermöglichen. In Germersheim sollte dabei der Schnittpunkt beider Nahverkehrssysteme liegen.

Ferner würde eine durchgehende Elektrifizierung die Führung durchgehender Güterzüge von und nach dem Industriestandort Wörth/Rhein wesentlich erleichtern und somit zur besseren Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Südpfalz als auch zur besseren Verlagerbarkeit von Gütertransporten auf die Schiene beitragen.

Bei Elektrifizierung der Anschlußstrecke Germersheim – Graben-Neudorf könnten Durchgangsgüterzüge um das Nadelöhr „Rheinbrücke Mannheim/Ludwigshafen" herumgeleitet werden, wodurch eine Ausweitung des Regionalverkehrs im Bereich der künftigen Regional-/S-Bahn Rhein-Neckar ermöglicht wird. Da sich gleichzeitig weitere, für eine Ausweitung des SPNV nutzbare Entlastungseffekte auf Strecken in Baden-Württemberg ergeben würden, ist im Falle einer Elektrifi-

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 9. April 1997

zierung dieser Anschlußstrecke eine Abstimmung der Ausbaukonzeption sowie deren Finanzierung mit dem benachbarten Bundesland erforderlich.

Dabei ist zu beachten, daß der Bund gemäß § 5 Abs. 2 Bundesschienenwegeausbaugesetz verpflichtet ist, einen neuen Bedarfsplan für den Ausbau von Schienenstrecken vorzulegen. Dessen Fortschreibung erfolgt analog dem Verfahren zu den Bundesfernstraßenausbauplanungen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Bundesländern und wird abschließend durch den Deutschen Bundestag beschlossen. Aufgrund der zeitlichen Nähe bietet es sich an, zum jetzigen Zeitpunkt eine entsprechende Initiative durch die rheinland-pfälzische Landesregierung zu ergreifen.

Die Einführung eines Stadtbahnbetriebes in der Relation Karlsruhe – Wörth – Lauterbourg/SNCF wurde seitens des Karlsruher Verkehrsverbundes KVV in einem 1996 vorgelegten Weißbuch geprüft und für machbar bezeichnet. In ihrem Ausblick stellen die Planer des KVV fest, daß „die Realisierung des Projektes einen großen Entwicklungsschub für die Städte und Gemeinden in dieser Region bewirken (wird). Verbesserte Standortbedingungen, die Verringerung der Umweltbelastungen und damit die Erhöhung der Wohn- und Lebensqualität werden wesentliche Grundlagen für das Gelingen dieses Vorhabens sein."

Für die Fraktion:
Elke Kiltz